

Geschäftsordnung des Rektorats¹

§ 1 Aufgaben des Rektorats

Das Rektorat leitet die Universität und vertritt sie nach außen. Es hat alle Aufgaben wahrzunehmen, die durch das Universitätsgesetz 2002, BGBl I Nr. 120/2002, i.d.g.F., nicht einem anderen Organ zugewiesen sind. Zu den Aufgaben des Rektorats zählen insbesondere die im § 22 Abs. 1 Z 1-17 UG angeführten Aufgaben. Gemäß § 23 Abs. 1 UG ist der Rektor Vorsitzender des Rektorats und dessen Sprecher.

Das Rektorat informiert den Universitätsrat und den Senat umfassend und zeitgerecht über alle Angelegenheiten, die geeignet sind, die zukünftige Entwicklung der Universität erheblich zu beeinflussen.

§ 2 Mitglieder des Rektorats

Dem Rektorat gehören der Rektor, die Vizerektorin für Forschung, die Vizerektorin für Lehre und Internationales und der Vizerektor für Personal an.

§ 3 Grundsätze der Funktionsausübung

1. Die Mitglieder arbeiten kollegial zusammen und unterrichten sich gegenseitig über alle wichtigen Maßnahmen und Vorgänge in ihren Aufgabenbereichen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, eine Beschlussfassung des Rektorats herbeizuführen, wenn sich ein Vorgang maßgeblich auf einen anderen Geschäftsbereich auswirken könnte.
2. Die Mitglieder des Rektorats sind bei ihrer Tätigkeit zu entsprechender Sorgfalt verpflichtet und sind in ihrer Funktion an keine Weisungen oder Aufträge gebunden. Dem Rektor steht die Richtlinienkompetenz zu.

§ 4 Verantwortung und Kompetenzen

1. Folgende Angelegenheiten werden von den Mitgliedern des Rektorats gemeinsam wahrgenommen:
 - a) Erstellung eines Entwurfs der Satzung sowie von Entwürfen von Satzungsänderungen zur Vorlage an den Senat;
 - b) Erstellung eines Entwicklungsplans und eines Organisationsplans der Universität zur Vorlage an den Senat und an den Universitätsrat;
 - c) Erstellung eines Entwurfs der Leistungsvereinbarung und der Gestaltungsvereinbarung zur Vorlage an den Universitätsrat;
 - d) Erstellung eines Budgetvoranschlags (inkl. Investitionsbudget) nebst Übermittlung an den Senat zur Information;
 - e) Mitwirkung an der Abberufung eines Mitglieds des Universitätsrats;
 - f) Veranlassung von Evaluierungen;
 - g) Strategische Planung des Angebots an Universitätslehrgängen;

¹ *Stand:* Beschluss des Rektorats vom 19. Februar 2013; Beschluss Universitätsrat vom 26. Februar 2013.

- h) Einrichtung und Auflassung von Studien, Stellungnahme zu den Curricula, Untersagung von Curricula oder deren Änderungen aus den in § 22 Abs. 1 Z 12 genannten Gründen;
 - i) Vertretung der Universität in Gremien und anderen Zusammenkünften; sie findet durch das gemäß dieser Geschäftsordnung ressortzuständige Mitglied des Rektorats statt. Vertretungen sind unter den Mitgliedern des Rektorats einvernehmlich festzulegen;
 - j) Wahrnehmung aller Aufgaben, die nicht in dieser Geschäftsordnung oder im Universitätsgesetz genannt sind (Generalkompetenz, § 22 Abs. 1 UG, zweiter Satz). Bestimmte Aufgaben dieser Art können durch Beschluss des Rektorats einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern des Rektorats zur Erledigung übertragen werden; dies ist im Mitteilungsblatt kundzumachen.
2. Folgende Aufgaben werden von Mitgliedern des Rektorats gemäß § 22 Abs. 6 UG einzeln wahrgenommen:

2.1 Vom **Rektor**:

- a) Bestellung und Abberufung der LeiterInnen der Organisationseinheiten;
- b) Abschluss von Zielvereinbarungen mit den LeiterInnen der Organisationseinheiten, sowie Zuteilung der Budgets inkl. Festlegung der Stellenstruktur, je nach ressortbezogener Zuständigkeit in Abstimmung bzw. im Zusammenwirken mit den übrigen Mitgliedern des Rektorats;
- c) Zuordnung der Universitätsangehörigen (§ 94 Abs. 1 Z 2 bis 6) zu den einzelnen Organisationseinheiten;
- d) Ausschreibung von Professuren gem. § 98 Abs. 2 UG;
- e) Berufung von UniversitätsprofessorInnen gem. § 97ff UG sowie Wahrnehmung aller Personalangelegenheiten von UniversitätsprofessorInnen;
- f) Erlassung von Richtlinien für die Bevollmächtigung von ArbeitnehmerInnen der Universität gem. § 28 Abs. 1 UG;
- g) Einrichtung eines Rechnungs- und Berichtswesens (mit Ausnahme der Wissensbilanz);
- h) Fristsetzung und Ersatzvornahme bei Säumnis von Organen gem. § 47 Abs. 1 UG;
- i) Verhandlung und Abschluss der Leistungsvereinbarung und der Gestaltungsvereinbarung mit der/dem BundesministerIn und unverzügliche Information über das Ergebnis an den Universitätsrat (§ 23 Abs. 1 Z 4 UG);
- j) Erstellung des Rechnungsabschlusses;
- k) Festsetzung der Kostenersätze und Entscheidung über deren Verwendung gem. §§ 26 Abs. 3 und 27 Abs. 3 UG;
- l) Organisation und Wahrnehmung der internen und externen Kommunikation und der Alumnitätigkeit;
- m) Wahrnehmung der Agenden der Gleichstellung, Frauenförderung und des Diskriminierungsschutzes, je nach ressortbezogener Zuständigkeit in Abstimmung mit den übrigen Mitgliedern des Rektorats;
- n) Gewährung von Freistellungen und Sonderurlauben, welche die Dauer von vier Monaten übersteigen;
- o) Erteilung von Lehrbefugnissen (venia docendi) gem. § 103 Abs. 1 iVm Abs. 9 UG.

2.2 Von der **Vizerektorin für Forschung:**

- a) Obsorge für alle Agenden der Forschung und Entwicklung, einschließlich der Sicherung der guten wissenschaftlichen Praxis;
- b) Erstellung der Wissensbilanz;
- c) Aufbau und Betrieb eines Qualitätsmanagementsystems;
- d) Durchführung von Forschungsevaluationen und Veröffentlichung von Evaluierungsergebnissen;
- e) Vornahme sämtlicher Rechtsgeschäfte in Forschungsangelegenheiten, insb. Abschluss von internationalen Forschungsk Kooperationen, Genehmigung und Untersagung von Forschungsprojekten sowie Erteilung und Entziehung von Projektvollmachten gem. §§ 26 und 27 UG (ausgenommen jener Rechtsgeschäfte, die gem. § 27 Abs. 1 Z 1-5 UG der Leiterin bzw. dem Leiter einer OE vorbehalten sind);
- f) Mitteilung über das Aufgreifen von Dienst erfindungen.

2.3 Von der **Vizerektorin für Lehre und Internationales:**

- a) Obsorge für alle Agenden der akademischen Lehre;
- b) Durchführung von Lehrevaluationen und Veröffentlichung von Evaluierungsergebnissen;
- c) Aufnahme der Studierenden (inkl. aller weiteren Rektoratsagenden gem. §§ 60 bis 71 UG);
- d) Einhebung der Studienbeiträge in der gesetzlich festgelegten Höhe (inkl. Entscheidungen und Verfügungen gem. § 92 UG, in budgetärer Abstimmung mit dem Rektor);
- e) Anbahnung und Pflege internationaler Beziehungen und Kooperationen;
- f) Förderung der Studierendenmobilität (incoming und outgoing);
- g) Vergabe von Stipendien (bei Sozialstipendien in Zusammenarbeit mit dem Sozialfonds), insbesondere auch solchen zur Förderung besonderer Studienleistungen für Studierende aus dem Alpen-Adria-Raum gem. Satzung Teil D, § 12.

2.4 Vom **Vize rektor für Personal:**

- a) Wahrnehmung sämtlicher Personalangelegenheiten, des Personalmanagements und der Personalentwicklung mit Ausnahme jener Bereiche, die gem. § 23 Abs. 1 UG in die Kompetenz des Rektors fallen;
- b) Vornahme von Stellenzuweisungen und die Freigabe zur Wiederbesetzung (in budgetärer Abstimmung mit dem Rektor), Ausschreibung und Besetzung von Stellen mit Ausnahme derjenigen von UniversitätsprofessorInnen;
- c) Vertretung der Universität gegenüber dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen und den Betriebsräten in Personalfragen (mit Ausnahme von Angelegenheiten des § 23 Abs. 1 Z 7 UG).

3. Folgende Aufgaben werden von zwei Mitgliedern des Rektorats gemeinsam wahrgenommen:

3.1 Vom **Rektor** und von der **Vizerektorin für Lehre und Internationales:**

- a) Vertretung der Universität in internationalen Vereinigungen und Partnerschaften;
- b) Einreichung von Universitätslehrgängen beim Senat, Ernennung von LehrgangsführerInnen und Festlegung der Lehrgangsbeiträge gem. § 91 Abs. 7 UG.

3.2 Vom **Rektor** und vom **Vizektor für Personal**:

- a) Abschluss von Betriebsvereinbarungen mit den Betriebsräten für wissenschaftliches und allgemeines Personal;
- b) Erstellung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Frauenförderplans;
- c) Obsorge für alle Agenden der Campuserwicklung und Infrastruktur.

3.3 Von der **Vizektorin für Forschung** und vom **Vizektor für Personal**:

- a) Förderung der Mobilität von WissenschaftlerInnen;
 - b) Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
4. Bestehen Zweifel, ob eine Angelegenheit iSd § 22 Abs. 6 UG und dieser Geschäftsordnung von einem Mitglied, von zwei Mitgliedern oder von allen Mitgliedern gemeinsam zu erledigen ist, hat das Rektorat über die Zuständigkeit einen Beschluss zu fassen.

§ 5 Entscheidungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten

Entscheidungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten werden nach dem Vieraugenprinzip getroffen. Wirtschaftliche Angelegenheiten sind in Anwendung gem. § 22 Abs. 6 UG vom Rektor gemeinsam mit mindestens einer Vizektorin oder dem Vizektor zu entscheiden. Sie bedürfen gem. § 15 Abs. 4 iVm § 21 Abs. 1 Z 12 UG der Zustimmung des Universitätsrats, wenn

- zur Bedeckung des jeweiligen Rechtsgeschäfts eine einmalige finanzielle Verpflichtung von mehr als € 250.000,- aus dem Globalbudget entsteht. Ausgenommen davon sind jene Rechtsgeschäfte, die in § 23 UG aufgezählt sind, die im Rahmen einer Ermächtigung gem. §§ 26 - 28 UG abgeschlossen werden, oder die im Investitionsbudget vom Universitätsrat bereits genehmigt wurden;
- sie ein Dauerschuldverhältnis begründen, welches in einem Zeitraum von maximal drei Jahren den Betrag von € 250.000,- übersteigt (mit Ausnahme des Abschlusses von Arbeitsverträgen).

Die Gründung und Beteiligung von/an Gesellschaften und Stiftungen bedarf gem. § 21 Abs. 1 Z 9 UG jedenfalls der Genehmigung des Universitätsrats.

Sofern nicht ohnehin durch diese Geschäftsordnung mehrere Mitglieder des Rektorats gemeinsam zur Besorgung einer wirtschaftlichen Angelegenheit berufen sind, hat das jeweils zuständige Rektoratsmitglied gemeinsam mit dem Rektor zu entscheiden.

§ 6 Vertretung

1. Im Falle einer Verhinderung wird der **Rektor** durch den Vizektor für Personal vertreten.
2. Sollte die Regelung des Abs. 1 nicht möglich sein, vertritt die Vizektorin für Forschung den Rektor.
3. Sollte die Regelung des Abs. 2 nicht möglich sein, vertritt die Vizektorin für Lehre und Internationales den Rektor.
4. Im Verhinderungsfall wird eine **Vizektorin** bzw. der **Vizektor** durch den Rektor vertreten. Sollte auch der Rektor verhindert sein, sind sinngemäß die Regelungen der Abs. 1 bis 3 anzuwenden.

§ 7 Beschlussfassungen

1. Ein Rektoratsbeschluss erfordert für alle Angelegenheiten gem. § 4 Abs. 1 lit. a bis h dieser Geschäftsordnung die persönliche Beteiligung (ggf. auch auf elektronischem Wege) von zumindest drei Rektoratsmitgliedern. Für Angelegenheiten gem. lit. j ist die Beteiligung von zwei Mitgliedern ausreichend. Stimmübertragungen sind unzulässig.
2. Das Rektorat entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der beteiligten Mitglieder. Die Beschlussfassung über Entwicklungsplan, Leistungsvereinbarungsentwurf und Änderungen dieser Geschäftsordnung bedarf einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit. Abstimmungen erfolgen in den Kategorien „Stimme dafür“, „Stimme dagegen“.
3. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Rektors (Dirimierungsrecht gem. § 22 Abs. 5 UG). Hiervon ausgenommen sind Beschlüsse, die von zwei Rektoratsmitgliedern gemeinsam getroffen werden.
4. Jeder Rektoratsbeschluss wird unverzüglich protokolliert.
5. Das Beschlussprotokoll wird von allen beteiligten Rektoratsmitgliedern unterzeichnet. Gegenstimmen sind gesondert auszuweisen. Jedes Mitglied des Rektorats erhält Zugang zu einer elektronischen Kopie des Beschlussprotokolls.

§ 8 Inkrafttreten, Änderungen

Die gegenständliche Geschäftsordnung sowie jede Änderung derselben tritt nach Genehmigung durch den Universitätsrat mit dem auf die Verlautbarung im Mitteilungsblatt der Universität Klagenfurt folgenden Tag in Kraft.